

Wien, am 26. Jänner 2016

PRESSEINFORMATION

Mietzinsmilderungsgesetz

Neuerlicher Eingriff in die Eigentumsrechte ist abzulehnen

Vertrauensschutz wird endgültig aufgehoben, so kommen keine neuen Wohnungen auf den Markt

Wien: „Die freudige Erregtheit des AK Präsidenten über die Aussetzung der geplanten Indexanpassung der Richtwertmieten zeigt leider wieder einmal auf, dass man in der AK, aber auch in der Politik noch immer nicht begriffen hat, dass jeder Eingriff in die Eigentumsrechte von Immobilieneigentümern und dazu zählt auch eine notwendige Rendite, nur dazu führt, dass noch weniger Wohnraum auf den Markt kommen wird“, ärgert sich Dr. Wolfgang Louzek, Präsident des Verbandes der institutionellen Immobilieninvestoren. Ganz zu schweigen, dass z.B. die Baukosten ohnedies deutlich über den VPI steigen, die Vermieter das aber jetzt zur Gänze zu tragen haben.

Wie dann aber der Ruf nach mehr Verfügbarkeit von Wohnraum umgesetzt werden soll, bleiben die Auguren dieses neuerlichen Eingriffs schuldig. „Eigentum hat in Österreich sichtlich keinen Wert mehr, es wird je nach politischer Gemengelage populistisch entschieden, ohne nur im Ansatz an die Folgen zu denken“, so Louzek weiter, der die überfallsartige Aussetzung der Indexanpassung für unzumutbar hält.

Dass Wohnen leistbar sein muss, ist für Louzek eine Selbstverständlichkeit. Die Definition, was „leistbar“ eigentlich heißen soll, ist die Politik aber bis heute schuldig geblieben. Die immer wieder exorbitante Kostensteigerung durch die Stadt Wien für Energie, Wasser und Müllabfuhr kann nicht den Mietpreisen an sich angerechnet werden. „Und“, so Louzek weiter „ist für den Wohnbedarf der sozial Schwachen nicht der private Vermieter sondern die öffentliche Hand zuständig“.

Würde in Österreich generell eine ganz normale marktgerechte Miete bezahlt werden, wie fast überall in Europa, und Altmieten langsam aber beständig an eine normale Miethöhe herangeführt werden, dann hätten auch junge Menschen eher die Chance günstige Mietwohnungen zu finden.

Nicht die Beschneidung der Mieten ist daher gefragt, sondern die Modernisierung des Mietrechtsgesetzes, dass unzählige für niemanden mehr nachvollziehbare Varianten an Mieten erfunden hat, ja selbst die Miete für Geschäftsraum mit einem Gesetz regelt. "Wir leben in einem Land das sich eine „Experten-Arbeitsplatzbeschaffung“ zum Thema gemacht hat und dadurch leider zu populistischem Missbrauch neigt“, deponiert Louzek weiter.

In Österreich ist der Aufwand für Wohnen im Vergleich zum Ausland mit rund 22,4 Prozent der Konsumausgaben aller Haushalte relativ gering. Erst vor wenigen Tagen

wurde eine Studie präsentiert, welche darlegt, dass über 90 Prozent der ÖsterreicherInnen mit ihrer Wohnsituation zufrieden sind. Das alles zählt nicht, wenn sich politisch eine eigentumsfeindliche Aktion populistisch „verkaufen“ lässt.

Die gebetsmühlenartige Wiederholung der AK zur Einführung einer Mietzinsobergrenze wird den Wohnungsmarkt nicht beflügeln. „Dort wo das Mietrecht am restriktivsten ist, sind die wenigstens Wohnungen am Markt“, weiß Louzek. „Wir fordern seit Langem ein modernes Wohnrecht. Dieses muss aber fair für Mieter und Vermieter sein“.

Mehr Infos unter: www.vii.co.at

Rückfragehinweis: Mag. Karin Keglevich-Lauringer
Schriftführerin des VII
Special Public Affairs PR-Beratung & Lobbying GmbH
Goldschmiedgasse 8/8, 1010 Wien
Tel +43 1 532 25 45 10, +43 664 3380834
Email: keglevich@spa.co.at